Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
17.10.2019
Ausschussbetreuender Fachbereich
Jugend und Soziales
Schriftführung
Miriam Tomechna
Telefon-Nr.
02202-142865

Niederschrift

Jugendhilfeausschuss
Sitzung am Donnerstag, 19.09.2019

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:43 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.06.2019 - öffentlicher Teil**
0432/2019
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**
0433/2019

- 6 Sachstandsbericht Stadtteilhaus und Kita Windrad im Hermann-Löns-Viertel**
0404/2019
- 7 Vorstellung Integrationskonzept**
0403/2019
- 8 Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Errichtung und Unterhaltung von privaten Spielplätzen (Spielplatzsatzung)**
hier: Änderung der Satzung
0137/2019
- 9 Maßnahmebeschluss für die 5-gruppige Kindertagesstätte mit Großtagepflegestelle, Reiser/Im Mondschröttchen**
0228/2019
- 10 Ergebnis der Essengeldumfrage in Kindertagesstätten und Kindertagespflege**
0424/2019
- 11 Kinderschutz Siegel**
0392/2019
- 12 Anträge der Fraktionen**
- 13 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, Frau Münzer, eröffnet die 29. Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der laufenden Wahlperiode und gibt die nicht anwesenden Ausschussmitglieder bekannt.

Entschuldigt fehlen Frau Martina Kleinpeter (Familienbildungswerk DRK) die durch Frau Dorit Külschbach (Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe) vertreten wird, Frau Mariana Kriebel (Jugendamtselternbeirat) die durch Frau Michaela von Nocks (Jugendamtselternbeirat) vertreten wird, Herr Berthold Sellmann (Amtsgericht) und sein Vertreter Herr Günter Mischke (Amtsgericht), Herr Thomas Werner (Evangelische Kirche) der vertreten wird durch Frau Ute Mester-Niehoff (Evangelische Kirche), Frau Susanne Bräuer (Arbeitsagentur) die vertreten wird durch Herrn Beat Daniel Kieper (Arbeitsagentur), Frau Melisa Dönmez, Frau Elke Lehnert (CDU) die vertreten wird durch Frau Dorothee Wasmuth (FDP), Frau Anna Maria Scheerer (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und ihr Vertreter Dirk Weber (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN).

Anschließend stellt Frau Münzer die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 27.06.2019 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

3. Bericht über die Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.06.2019 - öffentlicher Teil 0432/2019

Frau Hellwig (Verwaltung) ergänzt zum Bericht zu TOP Ö12, dass der Bewilligungsbescheid für die Kita „St. Felix“ Im Schlangenhöfchen erlassen wurde und der Bau bereits begonnen hat.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Frau Münzer teilt mit, dass Frau Zanders heute letztmalig an den Sitzungen des JHA teilnimmt, da sie die Stadt Bergisch Gladbach verlässt. Sie bedankt sich für die langjährige gute Zusammenarbeit.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters 0433/2019

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

6. Sachstandsbericht Stadtteilhaus und Kita Windrad im Hermann-Löhns-Viertel
0404/2019

Herr Droege (Katholische Kirche) berichtet, dass die Tiefbauarbeiten bereits begonnen haben. Die Grundsteinlegung ist für Oktober/November geplant. Wenn alles planmäßig erfolgt, kann die Eröffnung im 4. Quartal 2020 stattfinden.

Desweiteren wurde auf der Baustelle eine Webcam installiert, durch die die Arbeiten mit einer Stunde Verzögerung verfolgt werden können. Es muss nur noch die Stromversorgung geklärt werden, dann kann die Webcam online gehen. Auch der Datenschutz wurde beachtet, in dem keine Gesichter bei der Online-Übertragung erkennbar sind. Sollte es jedoch zu Diebstählen o.ä. kommen, gibt es die Möglichkeit, die Gesichter scharf zu stellen. So dient die Webcam auch als Sicherheitsmaßnahme.

In nächster Zeit werden mit dem Träger noch der genaue Mietvertrag ausgearbeitet (bisher gibt es nur einen Vorvertrag) und mit dem Jugendamt die genauen konzeptionellen Details erarbeitet. Auch ein Termin mit der Siedlergemeinschaft ist bereits vereinbart, um den Anwohnern möglichst viel Transparenz bei dem Projekt bieten zu können.

Desweiteren wurden die Namen „Hermann-Löhns-Forum“ und „Kita Windrad“ patentiert.

Außerdem wurde das Projekt von Herr Droege und Herr Tillmann (Verwaltung) auf dem Sommerfest des Viertels vorgestellt. Dort ist es auf großes Interesse und positive Resonanz bei den Anwohnern gestoßen. Auch konnten Unsicherheiten der Anwohner geklärt werden. Unter anderem bestand Missverständnis bezüglich des bereits vorhandenen Spielplatzes, da ein Teil davon als Baugrundstück ausgewiesen wurde, welcher eventuell als Hol- und Bringzone genutzt werden soll. Die Anwohner befürchteten, dass der gesamte Spielplatz wegfallen würde; tatsächlich handelt es sich jedoch nur um eine kleine Fläche, auf der sich aktuell auch keine Spielgeräte befinden.

Herr Stein (Verwaltung) bedankt sich bei Herr Tillmann und allen Beteiligten für ihr hohes Engagement bei der Umsetzung des Projektes.

7. Vorstellung Integrationskonzept
0403/2019

Frau Mrziglod (Verwaltung) stellt das Integrationskonzept mittels einer Präsentation vor. Für die genauen Ausführungen wird auf die Präsentation in der Anlage 2 verwiesen.

Herr Kreutz (SPD) fragt, wer Adressat des Integrationskonzepts ist. Frau Mrziglod erläutert, dass die Adressaten alle Menschen in Bergisch Gladbach sind.

Herr Kreutz fragt, ob die Vorlage auch in den Rat eingebracht wird. Herr Stein (Verwaltung) erläutert, dass die Einbringung der Vorlage ursprünglich für den nächsten Sitzungsturnus geplant war, weswegen der Rat nicht in der in der Einladung abgedruckten Beratungsfolge erscheint. Jedoch nach der einvernehmlichen Vorbereitung im ASDWG wurde dort vereinbart, dass die Vorlage noch in diesem Sitzungsturnus in den Rat eingebracht wird.

Frau Meinhardt (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) fragt, wie viele Mitarbeiter der Stadtverwaltung in die verschiedenen Maßnahmen involviert sind. Frau Mrziglod und Frau Hellwig (Verwaltung) erläutern, dass viele verschiedene Fachbereiche und Abteilungen der Stadtverwaltung involviert sind, und schätzen die Zahl auf über 30.

Herr Kieper (Agentur für Arbeit) fragt bezüglich der im Integrationskonzept vorgestellten Maßnahme „Bekanntmachen des deutschen Ausbildungssystems für neu zugewanderte und nicht mehr schulpflichtige Menschen“, wer die Maßnahme umsetzen soll. Als Akteure seien bisher nur Vertreter der Stadt Bergisch Gladbach und der IHK benannt. Er könne sich aber gut vorstellen,

dass auch die Agentur für Arbeit bei der Maßnahme mitwirkt. Desweiteren fragt Herr Kieper, inwiefern bereits bestehende Strukturen der Kreisverwaltung, z.B. das Kommunale Integrationszentrum, berücksichtigt wurden. Frau Mrziglod bedankt sich für das Angebot von Herr Kieper und erläutert, dass im Integrationskonzept im einleitenden Kapitel der Maßnahmen beschrieben ist, dass die Schaffung von Doppelstrukturen vermieden werden soll und auch eine Abstimmung mit anderen Akteuren, wie beispielsweise dem Kommunalen Integrationszentrum und der Arbeitsgruppe ‚Einwanderung gestalten‘, erfolgt ist bzw. noch erfolgen wird.

8. **Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Errichtung und Unterhaltung von privaten Spielplätzen (Spielplatzsatzung)**
hier: Änderung der Satzung
0137/2019

Zunächst erläutert Frau Werker (Verwaltung), dass die Satzung auf eindeutig formulierten gesetzlichen Grundlagen basiert, insb. §8, §89 BauO NRW. Danach dürfen die Gemeinden Spielplatzsatzungen erlassen, darin jedoch nur die Lage, Größe, Beschaffenheit, Ausstattung und Unterhaltung von Spielplätzen für Kleinkinder regeln. Desweiteren muss die Satzung verschiedene Interessensgruppen berücksichtigen. Auf der einen Seite sollen den Kindern möglichst viele Spielflächen geboten werden, auf der anderen Seite sollen aber für Bauherren keine so hohen Kosten entstehen, dass der Bau möglicherweise unrentabel wird und die Schaffung von neuem Wohnraum verhindert wird.

Frau Meinhardt (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) fragt, warum erst Wohnungen mit mehr als 60m² anrechnungspflichtig sind (in der alten Fassung war keine Mindestgröße festgelegt). Ihrer Meinung nach würden auch in kleineren Wohnungen Kinder leben. Frau Werker antwortet, dass die Wahrscheinlichkeit geringer ist, dass in so kleinen Wohnungen auch Kinder leben, und den Bauherren unverhältnismäßige Lasten auferlegt werden würden, wenn sie bei so einer verringerten Wahrscheinlichkeit dennoch Spielplätze bauen müssten.

Frau Meinhardt fragt, warum die Mindestzahl an pflichtigen Wohnungen, ab der sich die Spielplatzfläche pro Wohnung um 5m² vergrößern muss, von 4 auf 7 hochgesetzt wurde. Frau Werker erläutert, dass es sich bei kleinen Wohneinheiten häufiger um einzelne private Bauherren handelt, für die die Errichtung eines Spielplatzes eine höhere finanzielle Belastung darstellt als für professionelle Bauherren mit größeren Wohneinheiten. Dadurch könnte der Anreiz zur Schaffung von neuem Wohnraum beeinträchtigt werden.

Frau Meinhardt fragt, warum die Regelung bezüglich der Unterhaltung (§5 a.F.) nun komplett entfällt. Frau Werker erläutert, dass die Unterhaltung implizit im neu gefassten §4 der Satzung enthalten ist. Außerdem soll die Unterhaltung noch explizit in §4 Abs. 3 S. 3 der Satzung hinzugefügt werden (Ergänzung unterstrichen): „[...] zu gestalten und zu erhalten.“

Frau Meinhardt fragt, warum die maximale Größe der Spielplätze nun bei 200m² gedeckelt werden kann (in der neuen Fassung können ab dieser Größe Einzelfallentscheidungen getroffen werden; in der alten Fassung gab es diese Möglichkeit nicht). Frau Werker erläutert, dass die Möglichkeit der Einzelfallentscheidung nun hinzugefügt wurde, da es sich beispielsweise bei einer Wohnanlage mit 150 Einheiten zu 1500m² Spielplatzfläche summieren würde. Diese Größe wäre für einige Bauherren nicht leistbar, unter anderem, weil eine so große Fläche unrentabel wäre oder auf den Baugrundstücken gar nicht zur Verfügung stehen würde.

Herr Bertenrath (Vertreter der Schulen) fragt, warum die im Beispiel genannte Fläche von 1500m² als nicht leistbar betrachtet werden würde. Sofern Bolz- oder Sportplätze auch als Spielplatzflächen gelten, wären 1500m² nicht besonders viel. Frau Werker erläutert, dass gesetzlich nur die Regelung von Spielplätzen für Kleinkinder durch die Satzung möglich ist, und daher eine solche Nutzung der Flächen nicht in Betracht kommt.

Frau Meinhardt fragt, warum keine Spielplatzablöse in der Satzung geregelt ist. Frau Werker erläutert, dass keine gesetzlichen Grundlagen existieren, die die Erhebung einer Ablöse erlauben.

Herr Buchen fragt, ob der dauerhafte Bestand der Spielplätze kontrolliert wird, da es vorkommen würde, dass Bauherren sich gegenseitig Spielgeräte ausleihen, welche für die Bauabnahme installiert und nach einigen Monaten wieder abgebaut werden würden. Er fragt, welche Möglichkeiten die Satzung zur dauerhaften Durchsetzung der Regelungen bietet. Frau Werker antwortet, dass die Bauaufsicht personell nicht leisten könnte, den Bestand der Spielplätze regelmäßig zu kontrollieren. Jedoch wird die Bauaufsicht bei Hinweisen aus der Bevölkerung aktiv. In der Satzung sind Ordnungswidrigkeiten und Bußgelder geregelt, mit denen die Verantwortlichen ggf. geahndet werden können.

Frau Meinhardt schlägt vor, Bürger über die Rechtslage bezüglich der Spielplätze aufzuklären, beispielsweise in Form einer Pressemitteilung oder einer Information auf der Website der Stadt Bergisch Gladbach, da vielen Bürgern nicht bewusst sei, dass der Bau und Unterhalt von Spielplätzen gesetzlich vorgeschrieben ist.

Frau Werker trägt vor, dass sich noch eine weitere Änderung der Satzung ergeben hat. In §3 Abs. 1 der neuen Fassung soll sich die Entfernung von „100m“ auf „150m“ erhöhen, da Messungen ergeben haben, dass bei größeren Wohnkomplexen ein Abstand von 100m häufig nicht eingehalten werden kann.

Die beiden von Frau Werker mündlich vorgetragenen Änderungsvorschläge haben Zustimmung erhalten.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden **geänderten**

Beschluss: (einstimmig)

Die Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Errichtung und Unterhaltung von privaten Spielplätzen (Spielplatzsatzung) wird entsprechend der Anlage 1 **und der mündlich vorgetragenen Anpassungsvorschläge** geändert.

Mündlich vorgetragen wurden folgende Anpassungsvorschläge:

- §4 Abs. 3 S. 3 der neuen Fassung der Satzung wird ergänzt (unterstrichen): „Die Spielfläche ist entsprechend der vorgenannten Grundsätze unter Berücksichtigung der jeweils gültigen Normen (z. Zt. EN 1176 Teil 1-7 und EN 1177) zu gestalten und zu unterhalten.“
- §3 Abs. 1 der neuen Fassung der Satzung wird geändert (durchgestrichen / unterstrichen): „Spielplätze müssen von Wohnungen auf den Grundstücken, für die sie zu schaffen sind, eingesehen werden können. Sie sollen nicht mehr als ~~100~~150m von den zugehörigen Wohnungen entfernt liegen.“

9. **Maßnahmebeschluss für die 5-gruppige Kindertagesstätte mit Großtagespflegestelle, Reiser/Im Mondsröttchen**
0228/2019

Frau Hellwig (Verwaltung) erläutert, dass durch die geplante Maßnahme 93 Kita-Plätze und 9 Großtagespflege-Plätze entstehen. Desweiteren hat das Landesjugendamt versichert, dass die Investitionskosten für den Bau und die Ausstattung der Großtagespflege-Plätze genauso gefördert werden wie die Kita-Plätze. Somit können alle Plätze investiv gefördert werden.

Zu Punkt 3 der Beschlussvorlage erläutert Frau Hellwig, dass die Arbeiterwohlfahrt (der voraussichtliche Bauträger - die Abstimmung erfolgt unter TOP N4) den Antrag stellen wird, die 5% Eigenanteil entgegen der städtischen Richtlinien erlassen zu bekommen. Die rund 17.000€ würden dann von der Stadt Bergisch Gladbach selbst getragen werden. Da der Oberbergische Kreis ähnlich verfährt, möchte sich die Stadt Bergisch Gladbach dem anschließen.

Frau Holz-Schöttler (SPD) betont, dass die SPD-Fraktion dem Vorschlag zustimmt und die 17.000€ auch keinen unverhältnismäßigen Aufwand darstellen würde, wenn in Betracht gezogen wird, dass die Stadt keine Kitas in eigener Trägerschaft besitzt. Herr Buchen (CDU) fügt hinzu, dass auch die CDU-Fraktion den Erlass des Eigenanteils begrüßt.

Frau Brala und Frau Gebauer (beide Vertreterinnen der Arbeiterwohlfahrt) verlassen während der Abstimmung den Sitzungsbereich. Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

1. Der Umsetzung der Maßnahme „neue fünfgruppige Kindertagesstätte mit angeschlossener Großtagespflegestelle Reiser/ Im Mondsrottchen“ in Bauträgerschaft der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Rhein-Oberberg e.V. mit geänderter Finanzierungsform im Zuschussmodell wird zugestimmt.
2. Die Investitionskosten für den Bau der Kindertagesstätte und der Großtagespflegestelle (einschl. Baunebenkosten) in Höhe von 93 + 9 Plätze à 30.000 € anerkennungsfähigen Baukosten) = 3.060.000 € werden mit einem Zuschuss in Höhe von 100 % unter der Voraussetzung durch die Stadt Bergisch Gladbach mit 90 % Landesmitteln bezuschusst, dass die Angemessenheit der Kosten durch die städtische Hochbauabteilung bestätigt wird (Ziffer 11.3 der Städtischen Richtlinien zur Förderung von Kindertagesstätten).
3. Der Eigenanteil an den Ausstattungskosten in Höhe von 5 % wird dem Bauträger auf Antrag erlassen. (Ziff. 11.3 (1) der städt. Richtlinien; Förderung von Investitionskosten)
4. Die Landesmittel aus dem u6 Programm in Höhe von 2.754.000€ sind beim Land rechtzeitig zu beantragen.
5. Die Betriebskostenmittel werden gem. KiBiz und den städt. Richtlinien in Höhe von 99 % ab Inbetriebnahme gewährt.
6. Für das städt. Grundstück wird die Miete in voller Höhe übernommen (Ziff. 10 der Städt. Richtlinien).
7. Die erforderlichen Finanzmittel sind im Haushalt 2020 und 2021 bereitzustellen.

10. Ergebnis der Essengeldumfrage in Kindertagesstätten und Kindertagespflege
0424/2019

Zunächst macht Frau Zanders (Verwaltung) auf die Tischvorlage zu diesem TOP aufmerksam (siehe Anlage 3). In der ursprünglichen Vorlage haben sich zwei kleine Tippfehler eingeschlichen. Zum Einen waren in den Tabellen „Kosten monatlich“ und „Kosten pro Essen“ die <- und >- Zeichen vertauscht, zum Anderen sollte in der Tabelle „Frisch in der Kita gekocht“ die Zahl 23 eigentlich 19 betragen, wodurch sich auch die Prozentzahlen in der Tabelle minimal ändern.

Frau Holz-Schöttler (SPD) bedankt sich für die Vorlage bei Frau Zanders und erwähnt lobend die Träger für die günstige Bereitstellung von selbstgekochem Essen.

11. Kinderschutz Siegel
0392/2019

Frau Holz-Schöttler (SPD) befürwortet die Entwicklung des Kinderschutzsiegels und die damit einhergehende Etablierung eines Qualitätsstandards bei den Vereinen. Auch Herr Buchen (CDU) begrüßt die Einführung des Kinderschutzsiegels und bedankt sich bei dem Verein ‚Bürger für uns Pänz‘ für die Bereitstellung der Belohnung.

Desweiteren lobt Herr Kreutz (SPD) die Einführung des Kinderschutzsiegels und erwähnt positiv, dass auch Sportvereine von dem Siegel mit einbezogen werden. Außerdem fragt Herr Kreutz, ob Köln auch ein Kinderschutzsiegel hätte und sogar eine Kooperation mit Köln bestehe. Frau Werker antwortet, dass ihr zwar von Langenfeld und Monheim ein solches Siegel bekannt sei, nicht jedoch von Köln, weswegen auch keine Zusammenarbeit bestünde.

Frau Gresser-Ritter (Evangelische Kirche) begrüßt im Namen der Arbeitsgemeinschaft für Jugendverbandsarbeit Bergisch Gladbach das Siegel und fügt hinzu, dass die Arbeitsgemeinschaft bereits damit begonnen hat, die Jugendverbände über das Siegel zu informieren.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Jugendverbände, Sportvereine und Hilfsorganisationen, die Angebote für Kinder und Jugendliche vorhalten, werden gebeten, sich intensiv um das **Kinderschutz Siegel** zur Qualifizierung ihrer Arbeit zu bemühen.

12. Anträge der Fraktionen

Es lagen keine Anträge vor.

13. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Schäfer (KJA) stellt die Anfrage, ob es möglich ist, die Ausschussunterlagen zukünftig über einen digitalen Sitzungsdienst zu verwalten. Er fragt, ob ein solches System bereits in Planung oder sogar schon in anderen Gremien vorhanden ist. Zur Ausführung seiner Anfrage erläutert er, dass es in anderen Gemeinden bereits die Möglichkeit gäbe, auf die Unterlagen über eine App zuzugreifen und das WLAN-Netz der Sitzungssäle zu nutzen. Einerseits könne dadurch Papier gespart werden, andererseits wären die Unterlagen dann übersichtlicher und immer tagesaktuell verfügbar.

Herr Stein (Verwaltung) ergänzt, dass die App Mandatos eine solche Möglichkeit bieten würde und schlägt vor, diese in die Überlegungen mit einzubeziehen.

Herr Holst (Inklusionsbeirat) teilt mit, dass er als Mitglied des JHA ausscheiden wird und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit.

Frau Münzer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:20 Uhr.

gez. Münzer
Vorsitzende

gez. Tomechna
Schriftführung